

Italien: Schwere Ausbeutung im Obst- und Gemüseanbau

von Eva-Maria Reinwald

Italien ist Europas größter Produzent von Obst und Gemüse. In den vergangenen Jahren drangen immer wieder Berichte über sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse auf den Plantagen in die Öffentlichkeit. Neben mangelnder Kontrolle durch italienische Behörden und einer die ausbeuterischen Bedingungen begünstigenden Migrationspolitik tragen internationale Produktions- und Lieferketten Mitschuld an der Situation.



Ankunft von Bootsflüchtlingen in Catania, Sizilien
© IFRC/Flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Wiederholte Vergewaltigung durch Vorgesetzte, 12-Stunden-Schichten in Gewächshäusern bei extremer Hitze, ausbleibende Lohnzahlungen und menschenunwürdige Unterkünfte: Die in der Provinz Ragusa auf Sizilien arbeitenden Erntehelferinnen aus Rumänien, die für eine Recherche des britischen Guardian interviewt wurden, brachten erschreckende Zustände in Italiens Gemüseanbau ans Tageslicht. Finanzielle Not, die ländliche Abgeschiedenheit, der Mangel an alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten – all dies lässt die Arbeiterinnen über das ihnen angetane Leid schweigen und nimmt ihnen die Freiheit, den ausbeuterischen und erniedrigenden Verhältnissen zu entfliehen. Schon 2010 protestierten im süditalienischen Rosarno 2.000 zu meist afrikanische Saisonarbeiter*innen gegen unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen, nachdem Unbekannte auf sie geschossen hatten. Die Bevölkerung des von Zitrusplantagen umgebenen Orts reagierte mit Gewalt, 66 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Reportagen über die Orangenernte in der Region legten desaströse Arbeitsbedingungen offen: Die meisten Erntehelfer*innen verdienten weniger als 25 Euro pro Tag. Einige lebten in Camps ohne fließendes Wasser oder Elektrizität, andere in verlassenen Häusern oder Fabrikrüinen. Wieder andere schliefen im Freien. Ähnliche Bedingungen wurden von Arbeiter*innen geschildert, die an der Westküste Siziliens in Olivenhainen oder im Auberginen-Anbau arbeiten oder im Tomatenanbau in der süditalienischen Region Basilicata. Migrant*innen aus Indien schilderten, dass sie sieben Tage die Woche für einen Stundenlohn von 3 bis 3,50 Euro arbeiten.

Menschenwürdige Lieferketten gefordert

Die Plantagenarbeiter*innen werden meist von Mittelsleuten (*caporali*) angeworben. Oft bereichern sich diese, indem sie eine Vermittlungsgebühr von den Beschäftigten verlangen. Teilweise müssen die Arbeiter*innen Kredite aufnehmen, um diese abzarbeiten. Auch müssen Arbeiter*innen für den Transport zu den Feldern oder für Trinkwasser überhöhte Preise zahlen. Laut Polizei und Staatsanwälten sind die *caporali* oft mit der Mafia verbunden. Insbesondere Migrant*innen ohne regulären

Aufenthaltsstatus haben kaum eine Möglichkeit, sich zu wehren, da sie von Abschiebung bedroht sind. Mangelnde Kontrollen der italienischen Behörden und die repressive Migrationspolitik begünstigen die Situation. Aber auch das Preisdiktat internationaler Handelsketten – so erhalten Landwirte für ein Kilo geerntete Tomaten oft nur 19 Cent – trägt eine Mitschuld. Ein erster Schritt zur Einhaltung menschenrechtlicher Standards wäre eine vollständige Rückverfolgung der Lieferkette. Viele Unternehmen kennen nur ihren direkten Zulieferer, nicht aber die ursprünglichen Plantagen – auf diesen findet jedoch das Gros der Menschenrechtsverletzungen statt. Mindestlöhne und arbeitsrechtliche Standards müssten auch für diese erste Stufe in der Lieferkette vertraglich eingefordert und kontrolliert werden. Inzwischen kann hierbei auf internationale Standards zurückgegriffen werden, die auf die 2012 von den Vereinten Nationen verabschiedeten „Prinzipien von Dhaka für Migration in Würde“ Bezug nehmen.



Billige Orangen auf deutschen Wochenmärkten
© Janet Daniel/Flickr, CC BY 2.0

Für menschenwürdige Lieferketten muss schließlich die Politik den nötigen Rahmen setzen. Ein Gesetz zur menschenrechtlichen Sorgfalt in Deutschland etwa würde auch Verarbeiter von italienischem Obst und Gemüse und Supermarktketten hierzulande verpflichten, die Lieferketten bis zur Plantage zurückzuverfolgen und Maßnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen zu ergreifen. Und auch auf Ebene der Europäischen Union ist Handeln erforderlich: So stellten Recherchen des Bayerischen Rundfunks kürzlich fest, dass die EU Obst- und Gemüseanbaubetriebe in Spanien und Italien mit millienschweren Subventionen unterstützt, obwohl sie gegen Lohn- und Arbeitsschutzvorschriften verstoßen. Damit menschenunwürdige Arbeitsbedingungen nicht auch noch durch Steuermittel gefördert werden, muss die Vergabe dringend stärker kontrolliert werden.

Eva-Maria Reinwald ist Fachpromotorin für Globale Wirtschaft und Menschenrechte beim SÜDWIND-Institut für Ökonomie und Ökumene.